

**Informationsbroschüre
des Gemeinderates
für die Stimmberechtigten**



Nr. 40

**Ordentliche
Gemeindeversammlung**

**Samstag, 27. November 2010, 13.30 Uhr
in der Turn- und Mehrzweckhalle Lauenen**

November 2010

Der Gemeinderat

zur ordentlichen Gemeindeversammlung

Samstag, 27. November 2010, 13.30 Uhr

in der Turn- und Mehrzweckhalle

Sehr geehrte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

Die als amtliche Einladung geltende Ausschreibung der Gemeindeversammlung mit Bekanntgabe des Datums, Versammlungsortes und der Traktanden erfolgte gesetzes- und reglementsgemäss im Amtsanzeiger von Saanen vom 26. Oktober 2010 sowie im öffentlichen Anschlag.

Traktanden

1. Voranschlag 2011 mit Festsetzung der Steueranlagen und der Gebührenansätze, Genehmigung
2. Abrechnung Verpflichtungskredit, Kenntnisnahme
3. Wahlen
 - Wahl Vizegemeinde- und Vizegemeinderatspräsident
 - Wahl von fünf bzw. vier Mitgliedern des Gemeinderates
4. Baurechtliche Grundordnung, Zonenplan und Baureglement, Genehmigung
5. Schulanlage, Umbau und Sanierung Wohnungen, Bewilligung Projektkredit von Fr. 75'000.00
6. Weggenossenschaft Tüffi-Wolfegg, Belagserneuerung, Genehmigung Verpflichtungskredit von Fr. 137'000.00
7. Verschiedenes

Beschwerden gegen Versammlungsbeschlüsse sind innert 30 Tagen (in Wahlsachen innert 10 Tagen) nach der Versammlung schriftlich und begründet beim Regierungsstatthalteramt Obersimmental-Saanen in Saanen einzureichen. (Art. 63 ff Verwaltungsverfahrensgesetz VRPG). Die Verletzung von Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften ist sofort zu beanstanden. (Artikel 49a Gemeindegesetz GG; Rügepflicht). Wer rechtzeitige Rügen pflichtwidrig unterlassen hat, kann gegen Wahlen und Beschlüsse nachträglich nicht mehr Beschwerde führen.

Alle stimmberechtigten Frauen und Männer sind zur Teilnahme an dieser Versammlung freundlich eingeladen. In Gemeindeangelegenheiten stimmberechtigt sind alle seit 3 Monaten in der Gemeinde wohnhaften urteilsfähigen Schweizer Bürgerinnen und Bürger, die das 18. Altersjahr vollendet haben.

1. Voranschlag 2011 mit Festsetzung der Steueranlagen und der Gebührenansätze, Genehmigung

Steueranlagen und Gebührenansätze

Der Voranschlag 2011 basiert auf folgenden Steueranlagen und Ansätzen:

Steueranlage	1.8 Einheiten		
Liegenschaftsteuer	1.5 ‰		
Feuerwehrgemeinschaftersatzabgabe	7 ‰ der Staatssteuer mindestens Fr. 20.-- höchstens Fr. 400.--		
Abfallentsorgungsgebühren			
Grundgebühr pro Wohnung inkl. Zweit- und Ferienwohnungen	Fr. 100.00 pro Wohnung		
Hotels und Restaurantsbetriebe	Fr. 400.00 pro Betrieb		
Vermietete Vorsass-/Senn- und Alpküthen Dienstleistungs- und Gewerbebetriebe,	Fr. 36.00 pro Gebäude		
Grundgebühr	Fr. 122.00 pro Betrieb		
Zuschlag pro Arbeitskraft	Fr. 25.00 pro Arbeitskraft		
Landwirtschaftsbetriebe	Fr. 61.00 pro Betrieb		
Ortsverein, Skilift, SAC	Fr. 100.00 pauschal		
Containerleerungen	Fr. 0.40 pro kg Inhalt zzgl. Fr. 1.85 pro Leerung		
Wasserzins	Fr. 10.00 pro Belastungswert		
Kanalisationsgebühren	Fr. 20.00 pro Raumeinheit		
Hundetaxe	Fr. 80.00 pro Hund		
Mäusefanggeld	Fr. 1.00 pro Stück		

zuzüglich MWST

zuzüglich MWST

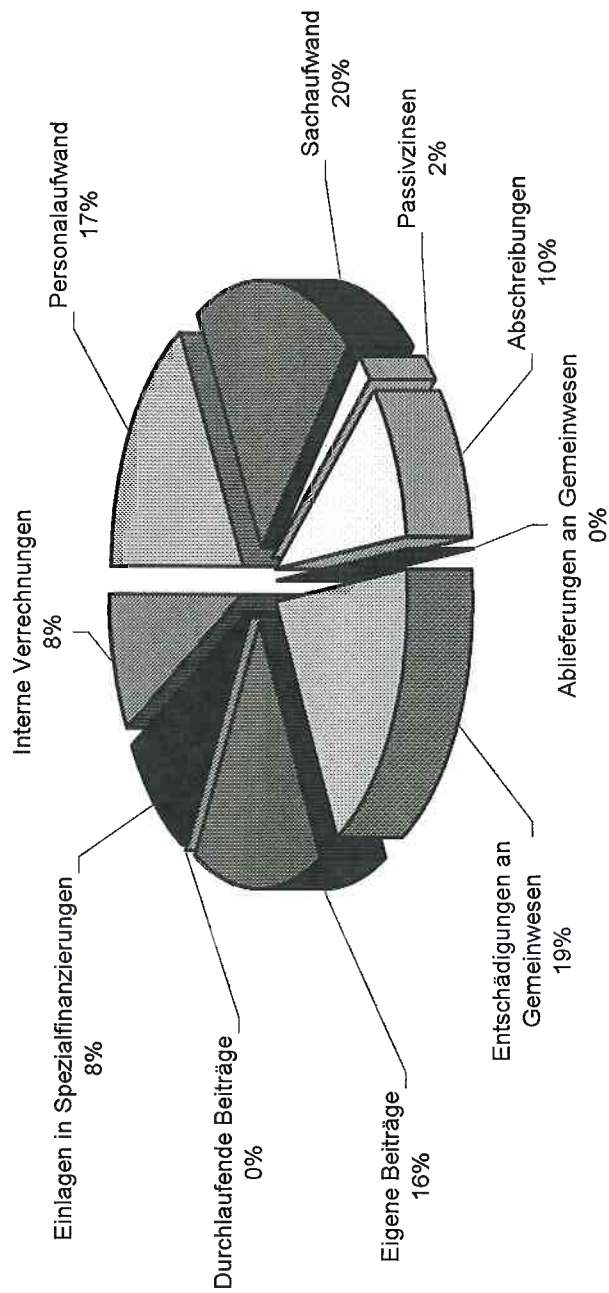
Wichtigste Ergebnisse des Voranschlags 2011

Ergebnis vor Abschreibungen		
Aufwand	3'641'935.00	
Ertrag	4'059'370.00	
Ertragsüberschuss brutto	417'435.00	
Ergebnis nach Abschreibungen		
Ertragsüberschuss brutto	417'435.00	963'000.00
Harmonisierte Abschreibungen	-356'000.00	706'725.00
Übrige Abschreibungen	0.00	256'275.00
Abschreibungen Bilanzfehlbetrag	0.00	
Ertragsüberschuss	61'435.00	

Finanzierung
 Nettoinvestitionen
 Selbstfinanzierung
 Finanzierungsfehlbetrag

3 Laufende Rechnung, Aufwand- und Ertrags-Arten

AUFWAND



Personalaufwand

Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
681'960.00	662'940.00	681'274.05
0.1% Zunahme gegenüber Rechnung 2009 2.9% Zunahme gegenüber Voranschlag 2010		

Folgende **Faktoren** waren bei der Berechnung des Personalaufwandes zu berücksichtigen:

- Erfahrungsaufstiege, Teuerung mit 1.0 % geschätzt
- Reservebetrag für Unterstützung Verwaltung (Stellvertretung/Ferienablösung etc.)
- Mehrkosten gegenüber dem Voranschlag 2010 wegen Stelleninseraten und Erfahrungsaufstiege

Sachaufwand

Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
777'830.00	784'950.00	760'662.67
2.3% Zunahme gegenüber Rechnung 2009 -0.9% Abnahme gegenüber Voranschlag 2010		

Gegenüber dem Voranschlag 2010 gibt es in der Artengliederung bei den Konti Anschaffungen und Spesenentschädigungen einen Minderaufwand.

Gegenüber der Rechnung 2009 nimmt bei den Konti Anschaffungen, Wasser, Energie sowie bei den Dienstleistungen und Honorare der allg. Verwaltung der Aufwand zu.

Passivzinsen

Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
68'000.00	94'100.00	92'618.92
-26.6% Abnahme gegenüber Rechnung 2009 -27.7% Abnahme gegenüber Voranschlag 2010		

Die Mittel- und langfristigen Schulden können wegen einer Darlehensrückzahlung reduziert werden. Im Voranschlagsjahr ist trotz grösseren Investitionen voraussichtlich keine neue Beschaffung von zinspflichtigem Fremdkapital geplant, da noch ein zinsfreies Investitionsdarlehen erwartet wird und grössere liquide Mittel vorhanden sind.

Abschreibungen

Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
388'700.00	389'700.00	633'088.70
-38.6% Abnahme gegenüber Rechnung 2009 -0.3% Abnahme gegenüber Voranschlag 2010		

Bei den Abschreibungen vom **Finanzvermögen** machen die Steuerabschreibungen (Fr. 10'000) sowie die Abschreibungen auf den Liegenschaften (Fr. 21'300) den Hauptanteil aus. Letztere setzen sich aus aktivierten Investitionen mit Unterhaltscharakter (Feuerwehrmagazin/Wohnungen Rohrbrücke) und Buchwertkorrekturen zusammen.

Die Abschreibungen vom **Verwaltungsvermögen** wurden wie folgt berechnet:

Voraussichtliches Verwaltungsvermögen (VV) per 31.12.2010 (ohne VV Wasser/Abwasser)	2'701'556
Nettoinvestitionen 2011 (ohne VV Wasser/Abwasser)	963'000
Verwaltungsvermögen per Ende Jahr 2011	3'664'556
abz. Darlehen/Beteiligungen	-100'027
Zwischentotal	3'564'529
10 % harmonisierte Abschreibungen, gerundet	356'000

Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen (Fortsetzung):

Darlehen und Beteiligungen	0
Übrige Abschreibungen	0
Abschreibungen Verwaltungsvermögen Wasser/Abwasser	0

Total Abschreibungen Verwaltungsvermögen (Kontoart 331)

356'000

Entschädigungen an Gemeinwesen

Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
769'200.00	758'000.00	743'557.85
3.4% Zunahme gegenüber Rechnung 2009		
1.5% Zunahme gegenüber Voranschlag 2010		

Total Lehrerbesoldungen
Lastenausgleich Sozialhilfe
Übrige Beiträge

Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
281'490	285'000	294'067
352'000	340'000	308'907
135'710	133'000	140'584
769'200	758'000	743'558

Eigene Beiträge

Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
638'475.00	592'670.00	523'544.85
22.0% Zunahme gegenüber Rechnung 2009		
7.7% Zunahme gegenüber Voranschlag 2010		

Beiträge an Kanton, Gemeinden und Private siehe Tabelle unten. Die geplante Klassenschliessung hat einen Mehraufwand für die Gemeinde Saanen zur Folge, welcher von uns abgegolten werden muss. Die **Sozialhilfeunterstützungen und Alimentenbevorschussungen** für Kinder gehören in diese Kontoart und wirken sich auf den Bruttoaufwand aus. Unter dem Strich haben sie jedoch keinen Einfluss auf das Rechnungsergebnis, da sie in der Regel voll durch eine Rückerstattung aus dem Lastenausgleich "Sozialhilfe" kompensiert werden.

Zusammenstellung eigene Beiträge:

Anteil an Kantonsbeitrag EL
Schülerbeiträge an die Gemeinde Saanen
Beitrag an Musikschule SL-OS
Beiträge Kultur/Sport/Tourismus
Beiträge an Weggenossenschaften/Privatstrassen
Sozialhilfe, Unterstützungen, Alimentenbevorschussungen
Beitrag an den öffentlichen Verkehr
Beiträge Land- und Forstwirtschaft
Übrige Beiträge

Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
166'260	174'000	159'656
65'000	32'000	16'500
65'000	60'000	62'224
85'375	81'440	82'079
63'350	54'000	45'650
78'570	85'700	68'989
42'000	41'000	40'083
32'050	27'400	20'379
40'870	37'130	27'985
638'475	592'670	523'544

Einlagen in Spezialfinanzierungen

Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
335'520.00	322'120.00	287'902.60
16.5% Zunahme gegenüber Rechnung 2009		
4.2% Zunahme gegenüber Voranschlag 2010		

Diese Aufwandart beinhaltet:

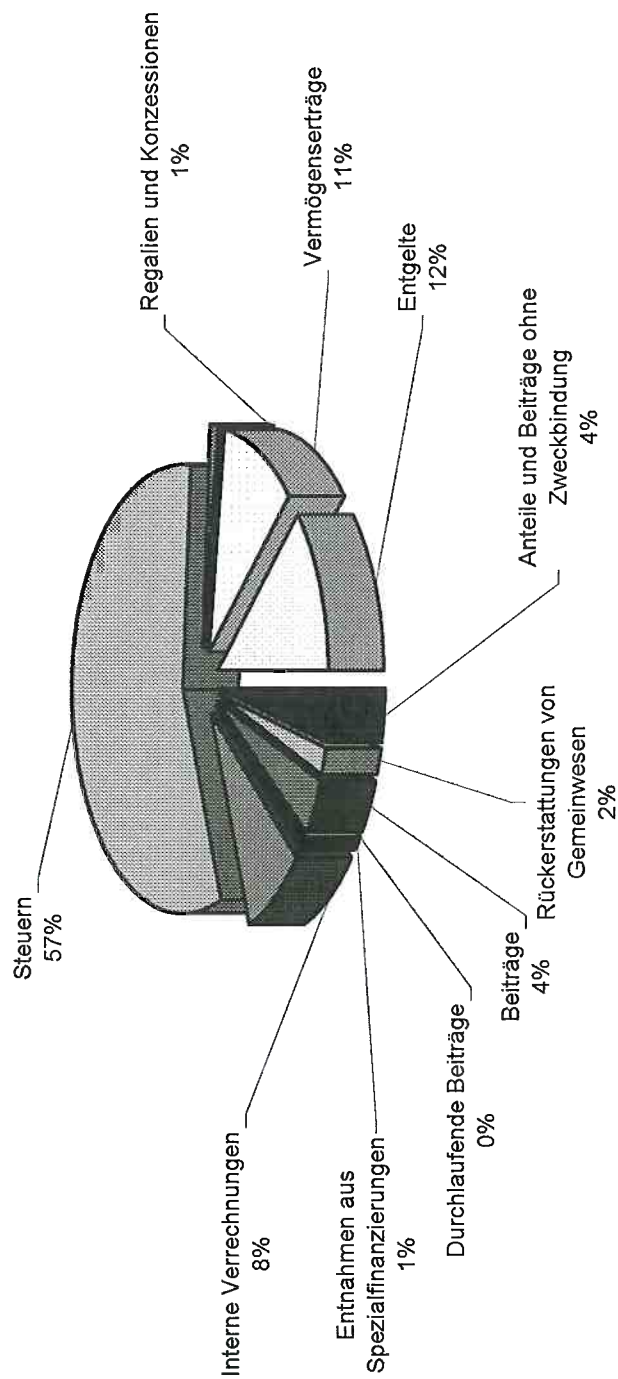
- Ertragsüberschüsse der spezialfinanzierten Aufgaben (Wasser/Abwasser/Abfall/Schutzräume/Feuerwehr)
- Einlagen in Werterhaltungs-Reserven der Bereiche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Interne Verrechnungen

Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
338'250.00	336'650.00	325'962.87
3.8% Zunahme gegenüber Rechnung 2009		
0.5% Zunahme gegenüber Voranschlag 2010		

Interne Verrechnungen haben keinen direkten Einfluss auf das Ergebnis des Voranschlages.

ERTRAG



Steuern

Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
2'297'900.00	2'045'300.00	2'689'253.80
-14.6% Abnahme gegenüber Rechnung 2009 12.4% Zunahme gegenüber Voranschlag 2010		

Die voraussichtlichen **Steuereinnahmen** im Jahr 2011 wurden mit der im Finanzplan 2010-2015 enthaltenen Steuerprognose berechnet.

Auszug aus der Steuerprognose des Finanzplans 2010-2015:

	2010	2011	2012	2013	2014
Einkommen natürliche Personen	+ 2.5 %	+ 0.7 %	+ 0.2 %	+ 2.3 %	+ 2.6 %
Vermögen natürliche Personen	+ 5.0 %	- 5.4 %	+ 5.0 %	+ 5.0 %	+ 5.0 %
Liegenschaftssteuern	+ 3.0 %	+ 3.0 %	+ 3.0 %	+ 3.0 %	+ 3.0 %
Grundstückgewinnsteuern (Durchschnitt)	Fr. 230'000	Fr. 200'000	Fr. 200'000	Fr. 200'000	Fr. 200'000

Steuereinnahmen Voranschlag 2011

Die **Einkommenssteuern der natürlichen Personen**, welche betragsmässig den grössten Anteil an den gesamten Steuereinnahmen ausmachen, wurden gemäss den Vorgaben der Kantonalen Planungsgruppe berechnet. Ausgehend von der Jahresrechnung 2009, welche einen sehr guten Steuerertrag aufwies, beträgt der Zuwachs 1.5 % pro 2010 und 0.7 % pro 2011. Die Steuergesetzrevision wird im Budgetjahr bei den Einkommenssteuern ca. 1.0 % und bei den Vermögenssteuern ca. 10.4 % Ausfall verursachen. Durch Zuzüge von pauschal besteuerten Personen kann der Steuerertrag der natürlichen Personen trotzdem erhöht werden. Ebenfalls wird es bei den juristischen Personen einen Ausfall geben, dieser beträgt ca. 4.1 %. Die **Grundstückgewinnsteuern** wurden auf Grund der Vorjahreszahlen mit einem Durchschnittswert eingesetzt.

	2011	2010	2009
Natürliche Personen, Einkommen	1'591'000	1'353'000	1'488'813
Natürliche Personen, Vermögen	166'000	156'000	167'604
Steuern aus Vorjahren	0	0	380'054
Juristische Personen, Gewinn/Kapital	20'700	40'000	21'607
Quellensteuern	48'000	45'000	50'722
Liegenschaftssteuern	252'000	236'000	272'811
Grundstückgewinnsteuern	200'000	170'000	307'036
Sonderveranlagungen	5'000	5'000	7'804
Steuerertrag netto (Nat. und jur. Personen)	25'000	35'000	-16'144
Steuerabschreibungen	-8'000	-8'000	-1'274
Wertberichtigung	0	0	-1'233
Steuern netto	2'299'700	2'032'000	2'677'800

Regalien und Konzessionen

Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
49'000.00	48'000.00	49'068.00
-0.1% Abnahme gegenüber Rechnung 2009		
2.1% Zunahme gegenüber Voranschlag 2010		

Es handelt sich hier einzig um die **Konzessionsabgabe der Bernischen Kraftwerke (BKW FMB AG)** für die Versorgung des ganzen Gemeindegebietes mit elektrischer Energie. Dieser Betrag ist vertraglich festgelegt und wird sich in den nächsten Jahren kaum gross verändern.

Vermögenserträge

Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
431'240.00	311'940.00	376'567.75
14.5% Zunahme gegenüber Rechnung 2009		
38.2% Zunahme gegenüber Voranschlag 2010		

2009: Enthält Fr. 61'320 Buchgewinn aus Baulandverkauf plus Fr. 124'855 Einnahmenüberschuss aus der Abwasserrechnung
2010: Enthält Fr. 130'000 Einnahmenüberschuss aus der Wasserrechnung
2011: Enthält Fr. 52'000 Buchgewinn aus Baulandverkauf plus Fr. 194'000 Einnahmenüberschüsse aus der Wasser- und

Abwasserrechnung (wegen hohen Anschlussgebühren und fehlenden Investitionen)

Bei den übrigen Vermögenserträgen (Mietzinsen und Erträge Ferienlager) bestehen keine grossen Veränderungen. Die Einnahmenüberschüsse Wasser und Abwasser haben keinen Einfluss auf das Rechnungsergebnis, aber auf die Umsatzzahlen! Hingegen sind die Buchgewinne natürlich stark ausschlaggebend auf die Ergebnisse.

Entgelte

Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
492'150.00	512'100.00	506'045.86
-2.7% Abnahme gegenüber Rechnung 2009		
-3.9% Abnahme gegenüber Voranschlag 2010		

Umfasst schwankende Beiträge aus Schutzraumsatzabgaben sowie Rückerstattungen in der Sozialhilfe und bei den Alimentenbevorschussungen. Steigende jährliche Gebühreneinnahmen (Wasser, Abwasser, Abfall) durch die starke Bautätigkeit. Vorgenannte Faktoren beeinflussen das Rechnungsergebnis nicht, weshalb hier auf eine Auflistung verzichtet wird.

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung

Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
160'100.00	269'000.00	291'717.75
-45.1% Abnahme gegenüber Rechnung 2009		
-40.5% Abnahme gegenüber Voranschlag 2010		

Unter diese Rubrik fallen zum allergrössten Teil die Beiträge aus dem Finanzausgleich an die Gemeinde. Diese sind aus Gründen der gestiegenen Steuerkraft stark abnehmend.

Disparitätenabbau

Zuschuss hohe Gesamtsteueranlage

Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
6'100	115'000	130'292
153'000	153'000	153'487
159'100	268'000	283'779

Total

Rückerstattungen von Gemeinwesen

Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
77'700.00	76'000.00	64'144.45
21.1% Zunahme gegenüber Rechnung 2009		
2.2% Zunahme gegenüber Voranschlag 2010		

Der Hauptposten dieser Ertragsart bildet die Rückerstattung der eigenen **Sozialhilfekosten**. Dies bewirkt, dass die direkt von der Gemeinde ausgerichteten Leistungen der Sozialhilfe (Unterstützungen und Alimentenbevorschussungen) keinen Einfluss auf das Rechnungsergebnis haben. Die Gemeinde muss sich jedoch an der Gesamtsumme der Sozialkosten von Kanton und allen bernischen Gemeinden beteiligen (siehe Rubrik "Entschädigungen an Gemeinwesen" - "Lastenausgleich Sozialhilfe").

Beiträge

Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
166'800.00	166'400.00	131'170.90
-7.9% Abnahme gegenüber Rechnung 2009		
0.2% Zunahme gegenüber Voranschlag 2010		

Die Beiträge des Kantons an den **Unterhalt von Gemeindestrassen** (rund Fr. 97'000) und an die Kosten des **Forstreviers** (ca. Fr. 44'000) machen den grössten Anteil dieser Erträge aus. Diese beiden Beiträge haben sich nur unwesentlich verändert.

Entnahmen aus Spezialfinanzierungen

Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
46'230.00	105'210.00	91'039.60
-49.2% Abnahme gegenüber Rechnung 2009		
-56.1% Abnahme gegenüber Voranschlag 2010		

Diese Ertragsart beinhaltet:

- Aufwandüberschüsse der spezialfinanzierten Aufgaben (Wasser/Abwasser/Abfall/Zivilschutz)
- Entnahmen aus den Werterhaltungs-Reserven der Bereiche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zur Deckung der vorgenommenen Abschreibungen.

Interne Verrechnungen

Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
338'250.00	336'650.00	325'962.87
3.8% Zunahme gegenüber Rechnung 2009		
0.5% Zunahme gegenüber Voranschlag 2010		

Interne Verrechnungen haben keinen direkten Einfluss auf das Ergebnis des Voranschlages.

Laufende Rechnung, Funktionen**Vergleiche zu Voranschlag 2010 und Rechnung 2009**

0 Allgemeine Verwaltung	Netto Fr.
Veränderung gegenüber Vorjahresrechnung	-30'287.35
Veränderung gegenüber Vorjahresbudget	4'230.00

2011		2010		2009	
Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
457'630.00	25'800.00	461'700.00	34'100.00	492'340.80	30'223.45
Nettoaufwand	431'830.00	Nettoaufwand	427'600.00	Nettoaufwand	462'117.35

Trotz des eingeplanten Reservebetrages für die Unterstützung der Verwaltung entstehen gegenüber der Vorjahresrechnung Minderkosten. Für die Veränderung gegenüber dem Vorjahresbudget sind die geschätzte Teuerung von 1 % und Erfahrungsaufstiege verantwortlich.

1 Öffentliche Sicherheit	Netto Fr.
Veränderung gegenüber Vorjahresrechnung	29'847.90
Veränderung gegenüber Vorjahresbudget	24'600.00

2011		2010		2009	
Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
191'950.00	130'450.00	177'700.00	140'800.00	150'526.90	118'874.80
Nettoaufwand	61'500.00	Nettoaufwand	36'900.00	Nettoaufwand	31'652.10

Differenz zu Rechnung 2009: Mehraufwand bei Feuerwehr (Anschaffungen ca. Fr. 6'000, Unterhalt ca. Fr. 4'000), Minderertrag bei EWK/FREPO-Gebühren von ca. Fr. 7'000.

Differenz zu Voranschlag 2010: Höhere Kosten bei Feuerwehr, ziemlich analog Rechnung 2009

2 Bildung	Netto Fr.
Veränderung gegenüber Vorjahresrechnung	71'970.46
Veränderung gegenüber Vorjahresbudget	51'130.00

2011		2010		2009	
Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
692'820.00	79'550.00	637'840.00	75'700.00	622'860.54	81'561.00
Nettoaufwand	613'270.00	Nettoaufwand	562'140.00	Nettoaufwand	541'299.54

Differenz zu Rechnung 2009: Mehrkosten von ca. Fr. 45'000 für Schulbeiträge an die Gemeinde Saanen sowie Schülerfahrkostenbeiträge wegen Klassenschliessung. Mehraufwand von ca. Fr. 18'000 bei den Schulliegenschaften (Löhne, Unterhalt, Verbrauchsmaterial).

Differenz zu Voranschlag 2010: Höhere Kosten infolge Klassenschliessung analog Rechnung 2009, Mehraufwand bei den Schulliegenschaften von ca. Fr. 15'000 und bei der Musikschule von ca. Fr. 5'000.

3 Kultur und Freizeit	Netto Fr.
Veränderung gegenüber Vorjahresrechnung	12'432.90
Veränderung gegenüber Vorjahresbudget	5'260.00

2011		2010		2009	
Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
99'800.00	0.00	94'540.00	0.00	87'367.10	0.00
Nettoaufwand	99'800.00	Nettoaufwand	94'540.00	Nettoaufwand	87'367.10

Differenz zu Rechnung 2009: Minderaufwand für die übrige Kulturförderung von über Fr. 6'000, jedoch Mehraufwand im Bereich Sport von ca. Fr. 12'000 und beim Unterhalt der Wanderwege von ca. Fr. 7'000.

Differenz zu Voranschlag 2010: Mehrkosten beim Sport und der übrigen Kulturförderung.

4 Gesundheit

Veränderung gegenüber Vorjahresrechnung
Veränderung gegenüber Vorjahresbudget

Netto Fr.
3'624.20
-600.00

2011		2010		2009	
Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
6'640.00	0.00	7'240.00	0.00	3'015.80	0.00
Nettoaufwand	6'640.00	Nettoaufwand	7'240.00	Nettoaufwand	3'015.80

5 Soziale Wohlfahrt

Veränderung gegenüber Vorjahresrechnung
Veränderung gegenüber Vorjahresbudget

Netto Fr.
54'645.95
-4'070.00

2011		2010		2009	
Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
614'830.00	75'600.00	626'300.00	83'000.00	549'533.85	64'949.80
Nettoaufwand	539'230.00	Nettoaufwand	543'300.00	Nettoaufwand	484'584.05

Die Differenz zwischen der Vorjahresrechnung und dem Voranschlag 2011 liegt vor allem in der Sozialhilfe. Im 2009 fielen die Unterstützungen mit rund Fr. 46'000 relativ gering aus. Diese müssen im Voranschlag 2011 höher budgetiert werden, da erfahrungsgemäss nicht mit derart wenig Aufwendungen gerechnet werden kann. Gemäss Finanzplan wird im 2011 auch der Gemeindeanteil im Lastenausgleich Sozialhilfe höher ausfallen als dies im 2009 der Fall war (Netto wird mit ca. Fr. 21'000 Mehraufwand gerechnet).

6 Verkehr

Veränderung gegenüber Vorjahresrechnung
Veränderung gegenüber Vorjahresbudget

Netto Fr.
-25'842.36
13'420.00

2011		2010		2009	
Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
400'250.00	218'800.00	390'030.00	222'000.00	432'675.02	225'882.66
Nettoaufwand	181'450.00	Nettoaufwand	168'030.00	Nettoaufwand	207'292.36

Differenz zu Rechnung 2009: Die Kosten für die Schneeräumung fielen 2009 ausserordentlich hoch aus. Sie werden um rund Fr. 50'000 tiefer budgetiert. Andererseits sind die Beiträge an die Weggenossenschaften um fast Fr. 20'000 höher als in der Vorjahresrechnung.

Differenz zu Voranschlag 2010: Die Differenz liegt hier vor allem bei den Beiträgen an die Weggenossenschaften.

7 Umwelt und Raumordnung

Veränderung gegenüber Vorjahresrechnung
Veränderung gegenüber Vorjahresbudget

Netto Fr.
-4'078.45
-1'460.00

2011		2010		2009	
Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
618'780.00	587'580.00	570'420.00	537'760.00	601'831.20	568'552.75
Nettoaufwand	31'200.00	Nettoaufwand	32'660.00	Nettoaufwand	35'278.45

Die Aufgaben **Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Abfallentsorgung** werden jeweils in einer "Rechnung innerhalb der Rechnung" abgeschlossen und haben dadurch keinen Einfluss auf den Nettoaufwand der Funktion 7. Hier trotzdem kurz die voraussichtlichen Resultate dieser Spezialfinanzierungen für das Jahr 2011:

- Wasserversorgung: Hoher Ertragsüberschuss von Fr. 150'200 (Grund sind die einmaligen Anschlussgebühren, welchen keine Investitionen gegenüber stehen).
- Abwasserentsorgung: Ertragsüberschuss von Fr. 45'120.
- Abfallentsorgung: Aufwandüberschuss von Fr. 10'580.

8 Volkswirtschaft

Veränderung gegenüber Vorjahresrechnung	Netto Fr.
Veränderung gegenüber Vorjahresbudget	25'338.97
	775.00

2011		2010		2009	
Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
207'195.00	147'900.00	220'120.00	161'600.00	209'218.55	175'262.52
Nettoaufwand	59'295.00	Nettoaufwand	58'520.00	Nettoaufwand	33'956.03

Differenz zu Rechnung 2009: Im 2009 gab es eine einmalige Spende für den Alpwirtschaftsfonds von Fr. 15'000. Im Weiteren sind die Energiekosten höher budgetiert als sie in der Jahresrechnung 2009 ausgefallen sind.

9 Finanzen und Steuern

Veränderung gegenüber Vorjahresrechnung	Netto Fr.
Veränderung gegenüber Vorjahresbudget	-327'271.25
	225'250.00

2011		2010		2009	
Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
7'08'040.00	2'793'690.00	7'55'240.00	2'615'640.00	899'242.75	3'312'164.00
Nettoertrag	2'085'650.00	Nettoertrag	1'860'400.00	Nettoertrag	2'412'921.25

Die Voranschlagszahlen über die **Steuereinnahmen** basieren auf der Steuerprognose des Finanzplans 2010-2015 und diese auf den Berechnungen der Kantonalen Planungsgruppe Bern. Die Einnahmen der Hauptposition Einkommenssteuern 2011 sind mit Fr. 1'591'000 um Fr. 238'000 höher als im Voranschlag 2010 und um rund Fr. 102'200 höher als in der Rechnung 2009. Grund dass die Einkommenssteuern trotz relativ schwachem Zuwachs und durch die Steuergesetzrevision bedingtem Ausfall höher erwartet werden, ist der Zuzug von aufwandbesteuerten Personen. Die Veränderung gegenüber der Vorjahresrechnung ist auf das hervorragende Ergebnis im 2009 dank a.o. hohen Steuern aus Vorjahren zurück zu führen. Für weitere **detaillierte Erläuterungen betreffend Steuern** wird auf **Kapitel 3, Abschnitte Steuern** hingewiesen. Die Beträge aus dem **Finanzausgleich** dürften sich als Folge des gestiegenen Steuerertrages im Vergleich zur Rechnung 2009 um rund Fr. 124'700 und zum Voranschlag 2010 um rund Fr. 109'000 reduzieren. Bei den **Zinsen** ist im Jahr 2011 trotz erheblichen Investitionen keine Neuverschuldung geplant (neues IHG-Darlehen/flüssige Mittel). Durch eine Amortisation kann der Zinsbetrag für die mittel- und langfristigen Schulden sogar auf Fr. 60'000 gesenkt werden. Der Voranschlag 2011 enthält im Gegensatz zum Vorjahresbudget einen **Buchgewinn aus Landverkauf** von Fr. 52'000. Auch im Jahr 2009 wurde ein Buchgewinn von Fr. 61'320.00 verbucht. Die hohen Investitionen im Jahr 2011 verursachen harmonisierte **Abschreibungen** in der Höhe von rund Fr. 356'000. Dieser Betrag ist um rund Fr. 112'500 höher als im Rechnungsjahr 2009!

Investitionsrechnung

	Voranschlag 2011	Voranschlag 2010	Rechnung 2009
Steuerfinanzierte Aufgaben			
Bruttoinvestitionen	1'294'000.00	1'724'000.00	729'118.60
Investitionseinnahmen	331'000.00	400'000.00	284'777.40
Nettoinvestitionen	963'000.00	1'324'000.00	700'641.20
Gebührenfinanzierte Aufgaben (Spezialfinanzierungen)			
Bruttoinvestitionen gebührenfinanzierte Anlagen	259'000.00	230'000.00	353'062.50
Investitionseinnahmen	259'000.00	215'000.00	287'459.75
Nettoinvestitionen	-	15'000.00	65'602.75
Total			
Total Bruttoinvestitionen	1'553'000.00	1'954'000.00	1'082'181.10
Total Nettoinvestitionen	963'000.00	1'339'000.00	766'243.95

Die betragsmässig wichtigsten Vorhaben für das Jahr 2011:

	Fr.
- Belagsanierung Ferienlager-Geltenhorn PP	300'000
- Neubau Werkhof Rohrbrücke, Objektkredit	127'000
- Beitrag an Weggenossenschaft Tüfi-Wolfegg, Belagsanierung	140'000
- Erschliessung Gewerbezone Châmel (Strasse/Trottoir)	74'000
- Entsorgungsstation Moos/Gemeindescheune	100'000

Die gesamten Nettoinvestitionen sind mit Fr. 963'000 im Vergleich zum Voranschlag 2010 um rund Fr. 376'000 tiefer ausgefallen. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren sind jedoch die Investitionen der Vorjahresrechnung sowie des Voranschlags 2010 und 2011 deutlich höher.

Der Voranschlag der Investitionsrechnung wird vom Gemeinderat genehmigt und muss der Gemeindeversammlung nicht unterbreitet werden, da über jeden Kredit so oder so zwingend separat beschlossen werden muss.

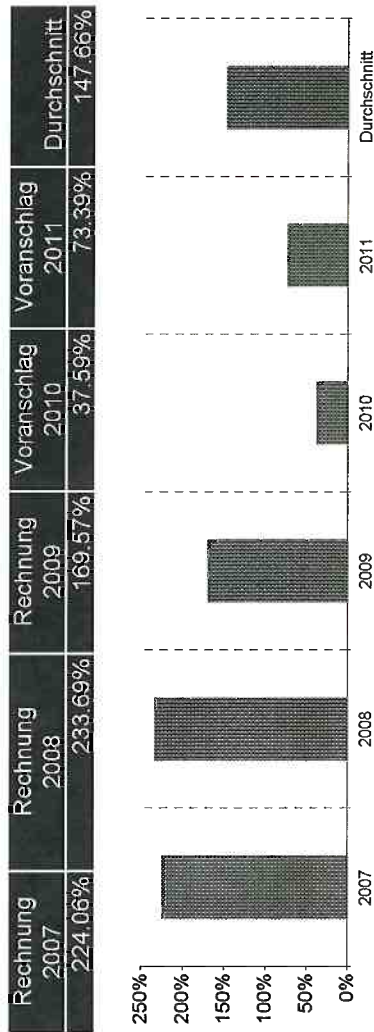
Finanzkennzahlen

Selbstfinanzierungsgrad

(Selbstfinanzierung in Prozenten der Nettoinvestitionen)

Der Selbstfinanzierungsgrad gibt Antwort auf die Frage, inwieweit die Investitionen aus selbst erarbeiteten Mitteln bezahlt werden können. Vor allem ein Vergleich über mehrere Jahre zeigt, ob die Investitionen finanziell verkraftet werden. Ein Selbstfinanzierungsgrad von unter 100 % führt zu einer Neuverschuldung, von über 100 % zu einer Entschuldung. Ein Wert zwischen 60 und 80 % wird kurzfristig als genügend bezeichnet.

Richtwerte	über 100 %	= „sehr gut“
	80 - 100 %	= „gut“
	60 - 80 %	= „genügend (kurzfristig)“
	0 - 60 %	= „ungenügend“
	unter 0 %	= „sehr schlecht“

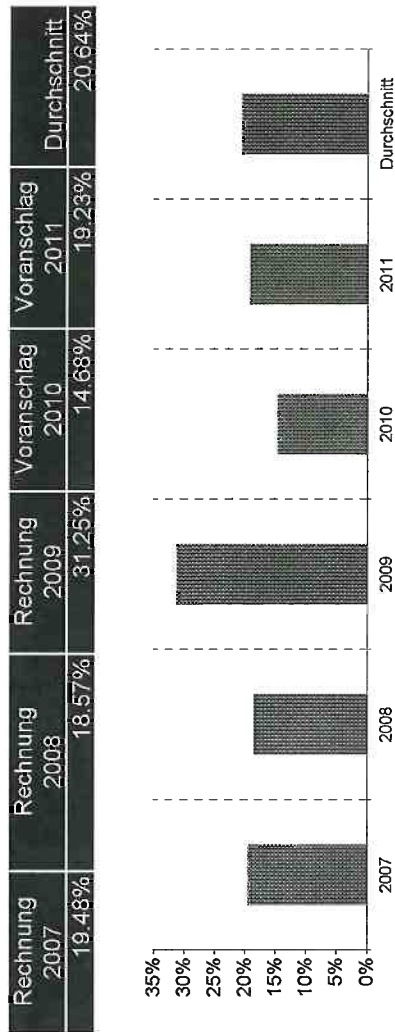


Selbstfinanzierungsanteil

(Selbstfinanzierung in Prozenten des Finanzertrages)

Der Selbstfinanzierungsanteil gibt Auskunft über die finanzielle Leistungsfähigkeit einer Gemeinde. Je höher der Wert, um so grösser ist der Spielraum für die Finanzierung von Investitionen oder für den Schuldenabbau. Ein Wert zwischen 10 und 14 % wird als genügend bezeichnet.

Richtwerte	über 18 %	= „sehr gut“
	14 - 18 %	= „gut“
	10 - 14 %	= „genügend“
	0 - 10 %	= „ungenügend“
	unter 0 %	= „sehr schlecht“



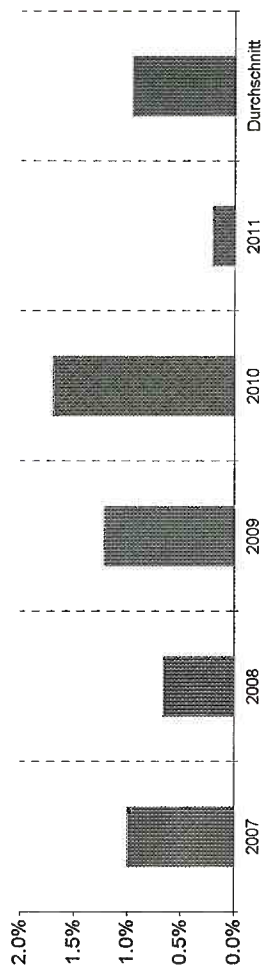
Zinsbelastungsanteil

(Nettozinsen in Prozenten des Finanzertrages)

Der Zinsbelastungsanteil gibt Antwort auf die Frage, wie stark der Finanzertrag durch die Nettozinsen belastet ist. Ein hoher Zinsbelastungsanteil weist auf eine hohe Verschuldung hin. Im Vergleich über mehrere Jahre wird die Verschuldungstendenz und im Vergleich zu anderen Gemeinden die Verschuldungssituation erkannt. Ein Wert zwischen 0 und 1 % gilt als tiefe Belastung.

Richtwerte	unter 0 %	= „sehr tiefe Belastung“
	0 - 1 %	= „tiefe Belastung“
	1 - 3 %	= „mittlere Belastung“
	3 - 5 %	= „hohe Belastung“
	über 5 %	= „sehr hohe Belastung“

Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Durchschnitt
1.00%	0.66%	1.22%	1.70%	0.21%	0.96%



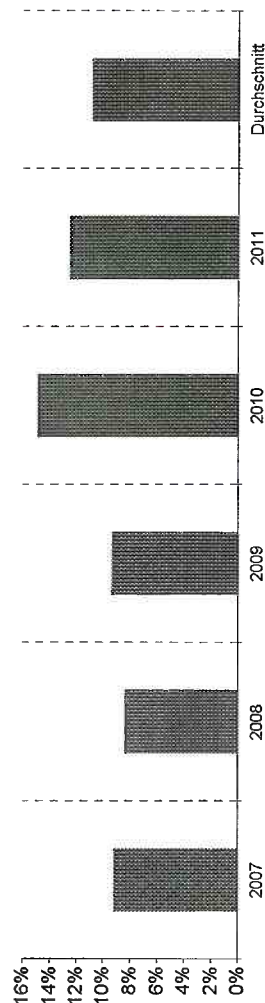
Kapitaldienstanteil

(Kapitaldienst in Prozenten des Finanzertrages)

Der Kapitaldienstanteil gibt Antwort auf die Frage, wie stark der Finanzertrag durch den Kapitaldienst (als Folge der Investitionstätigkeit) belastet ist. Ein hoher Kapitaldienstanteil weist auf eine hohe Verschuldung und/oder einen hohen Abschreibungsbedarf hin. Ein Wert zwischen 4 und 12 % gilt als mittlere Belastung.

Richtwerte	unter 0 %	= „sehr tiefe Belastung“
	0 - 4 %	= „tiefe Belastung“
	4 - 12 %	= „mittlere Belastung“
	12 - 20 %	= „hohe Belastung“
	über 20 %	= „sehr hohe Belastung“

Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Durchschnitt
9.20%	8.39%	9.37%	14.90%	12.51%	10.87%



Finanzplanung

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Prognose Laufende Rechnung (ohne neue Investitionen)						
Total Ertrag	3'981'000	4'023'000	3'891'000	4'223'000	4'221'000	4'296'000
Total Aufwand	3'783'000	3'940'000	3'869'000	4'103'000	4'061'000	4'091'000
Handlungsspielraum der Laufenden Rechnung	198'000	83'000	22'000	120'000	160'000	205'000
Nettoinvestitionen	903'000	674'000	854'000	971'000	413'000	417'000
Prognose der Belastung						
Investitionsfolgekosten/-erträge	86'000	109'000	245'000	304'000	338'000	359'000
Handlungsspielraum der Laufenden Rechnung	198'000	83'000	22'000	120'000	160'000	205'000
Unter-/Überdeckung	112'000	-26'000	-223'000	-184'000	-178'000	-154'000
Eigenkapital / Bilanzfehlbetrag (Entwicklung)	1'087'000	1'061'000	838'000	654'000	476'000	322'000
Finanzkennzahlen						
Selbstfinanzierungsanteil	18.80%	21.30%	13.90%	17.10%	16.90%	17.20%
Selbstfinanzierungsgrad	73.70%	116.60%	56.30%	63.60%	150.60%	155.00%
Zinsbelastungsanteil	1.30%	0.60%	0.20%	0.00%	0.40%	0.50%
Kapitaldienstanteil	15.30%	15.40%	17.30%	17.60%	17.20%	16.80%
Bruttoverschuldungsanteil	103.60%	75.50%	77.60%	72.00%	66.50%	63.20%
Investitionsanteil	34.60%	30.10%	26.80%	28.70%	17.50%	17.40%

Der Gemeinderat hat den Finanzplan 2010-2015 an seiner Sitzung vom 13. September 2010 genehmigt. In Bezug auf das Ergebnis des Voranschlages konnte die Vorgabe des Finanzplanes bis auf eine kleine Differenz eingehalten werden.

Genehmigungen

Die Finanzkommission hat den Entwurf dieses Voranschlages am 1. Oktober 2010 beraten und an den Gemeinderat zur Genehmigung weitergeleitet. Der Gemeinderat hat dem vorliegenden Voranschlag an seiner Sitzung vom 11. Oktober 2010 zugestimmt und beantragt der Gemeindeversammlung:

- Genehmigung der Steueranlage von 1.8 und der Gebührenansätze für 2011
- Genehmigung des Voranschlages 2011 mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 61'435.00

Finanzverwaltung Lauenen

Übersicht über den Voranschlag

	2011		2010		2009	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
Abschluss der Laufenden Rechnung						
Total Aufwand	3'997'935.00	4'059'370.00	3'941'130.00	3'870'600.00	4'048'612.51	4'574'970.98
Total Ertrag						
Ertragsüberschuss	61'435.00	0.00	0.00	70'530.00	526'358.47	0.00
Aufwandüberschuss						
Total	4'059'370.00	4'059'370.00	3'941'130.00	3'941'130.00	4'574'970.98	4'574'970.98
Abschluss der Investitionsrechnung						
a) Nettoinvestitionen						
Total aktivierte Ausgaben	1'553'000.00	590'000.00	1'954'000.00	615'000.00	1'082'181.10	315'937.15
Total passivierte Einnahmen		963'000.00		1'339'000.00		766'243.95
Nettoinvestitionen	1'553'000.00	1'553'000.00	1'954'000.00	1'954'000.00	1'082'181.10	1'082'181.10
Total						
b) Finanzierung						
Übernahme der Nettoinvestitionen (Einnahmenüberschuss der IR)	963'000.00	356'000.00	1'339'000.00	357'000.00	766'243.95	576'037.50
Übernahme der Abschreibungen Verwaltungsvermögen		0.00		0.00		0.00
Übernahme der Abschreibungen Bilanzfehlbetrag		61'435.00		0.00		526'358.47
Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung	0.00	335'520.00	70'530.00	322'120.00	0.00	287'902.60
Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung						
Einlagen in Spezialfinanzierungen	46'230.00		105'210.00		91'039.60	
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	0.00		0.00		533'075.02	
Finanzierungsüberschuss		256'275.00		835'620.00		0.00
Finanzierungsfehlbetrag	1'009'230.00	1'009'230.00	1'514'740.00	1'514'740.00	1'390'358.57	1'390'358.57
Total						
c) Kapitalveränderung						
Übernahme des Finanzierungsüberschusses	256'275.00	0.00	835'620.00	0.00		533'075.02
Übernahme des Finanzierungsfehlbetrages		1'553'000.00		1'954'000.00		1'082'181.10
Aktivierung der Investitionsausgaben						
Passivierung der Investitionseinnahmen	590'000.00		615'000.00		315'937.15	
Passivierung der Abschreibungen	356'000.00		357'000.00		576'037.50	
Einlagen in Spezialfinanzierungen	335'520.00		322'120.00		287'902.60	
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen		46'230.00		105'210.00		91'039.60
Zunahme des Eigenkapitals	61'435.00		0.00		526'358.47	
Abnahme des Eigenkapitals		0.00		70'530.00		0.00
Total	1'599'230.00	1'599'230.00	2'129'740.00	2'129'740.00	1'706'295.72	1'706'295.72

Gemäss Artikel 109 der Gemeindeverordnung vom 16. Dezember 1998 ist über jeden Verpflichtungskredit nach Abschluss des Vorhabens abzurechnen. Die Abrechnung ist demjenigen Organ zur Kenntnis zu bringen, welches den Verpflichtungskredit genehmigt hat.

862.506.02 Fernwärmeverbund, Sanierung und Ausbau

Datum Genehmigung	29.11.2008
Kreditsumme	Fr. 520'000.00
beansprucht	Fr. 462'465.45
Restkredit	Fr. 57'534.55

Begründung Kreditunterschreitung

Aufträge zu optimaler Zeit vergeben (Winter statt Sommer)
Kessel war günstiger als ursprünglich angenommen

3. Wahlen

- **Wahl Vizegemeinde- und Vizegemeinderatspräsident**
- **Wahl von fünf bzw. vier Mitgliedern des Gemeinderates**

Das Ergebnis des Auswahlverfahrens vom 26. September 2010 lautet wie folgt:

Wahl des Vizegemeinde- und Vizegemeinderatspräsidenten

Zur Wahl vorgeschlagen sind: (alphabetische Reihenfolge)

- Hauswirth-Lübke Hans Ulrich, Fängli
- Hefti Kurt, Vorgab
- Trachsel-Reichenbach Peter, Rohrbrücke

Wahl von fünf bzw. vier Mitgliedern des Gemeinderates

Je nach Ausgang des Wahlganges für das Amt des Vizegemeinde- und Vizegemeinderatspräsidenten sind fünf bzw. vier Gemeinderatsmitglieder zu wählen.

Nach Organisationsreglement wird der Gemeindeversammlung die dreifache Anzahl der Vorgeschlagenen, als Sitze zu besetzen sind, zur Wahl vorgeschlagen. Bei maximal fünf zu wählenden Mitgliedern des Gemeinderates sind somit 15 Personen vorzuschlagen. (Im vorliegenden Fall sind es 20 Personen wegen Stimmengleichheit).

Zur Wahl vorgeschlagen sind: (alphabetische Reihenfolge)

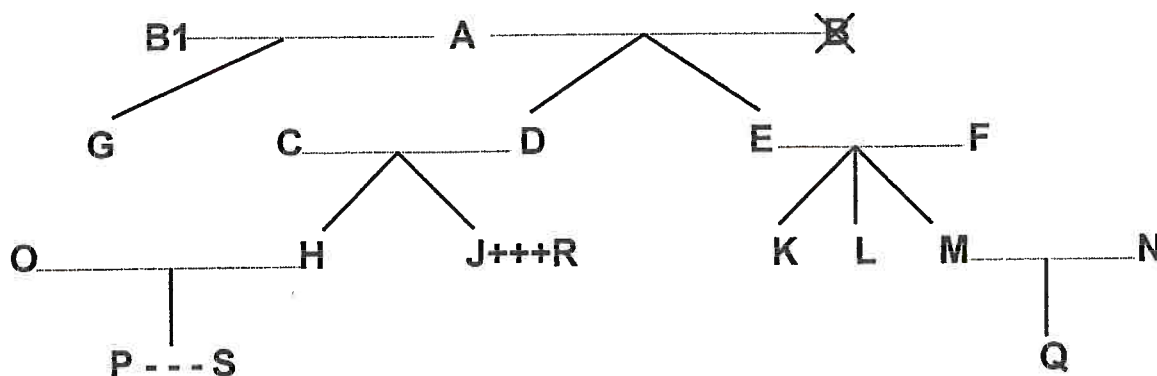
- Annen-Bettler Franziska, Dorf
- Bach-Würsten Roland, Dorf
- Boss-Wüthrich Peter, Dorf
- Brand-Buchs Christine, Fang
- Hauswirth-Zumstein Cornelia, Stalden
- Hauswirth-Lübke Hans Ulrich, Fängli (bisher)
- Hauswirth-Reichenbach Urs, Romgut (bisher)
- Hefti Kurt, Vorgab
- Kunz-Härri Urs, Bühl
- Oehrli-Pfund August, Fang
- Oehrli-Herren Mathias, Enge
- Oehrli-Pekoll Ruth, Rohr

- Perreten-Schmid Ulrich, Gretenmatte
- Reichenbach-Brand Andreas, Tüffi
- Reichenbach Peter, Hubelen
- Reichenbach- Brand Walter, Wolfeggli
- Reuteler-Reichenbach Anita, Chüngi
- Ryter-Jungi Bruno, Fang I
- Ryter Claudia, Mühle
- Westemeier Patrick, Tüffi

Nach Artikel 55 Organisationsreglement darf an der Gemeindeversammlung die Liste der Vorgesprochenen nicht erweitert werden. Die Versammlung wählt geheim. Die Stimmberechtigten dürfen so viele Namen auf den Wahlzettel schreiben, als Sitze zu besetzen sind.

Auf den nachstehenden Seiten finden Sie die Bestimmungen zum Verwandtenausschluss, die vorzunehmenden Wahlen und die heutige Zusammensetzung des Gemeinderates.

Anhang II: Verwandtenausschluss



Legende:

—	= Ehe
	= Abstammung
×	= verstorben
+++	= eingetragene Partnerschaft
---	= faktische Lebensgemeinschaft

Dem Gemeinderat dürfen nicht gleichzeitig angehören		Beispiele:
a) Verwandte in gerader Linie	Eltern - Kinder	A mit D, E und G; F mit K, L und M; D mit H und J
	Grosseltern - Grosskinder	A mit H, J, K, L und M
	Urgrosseltern - Urgrosskinder	A mit P und Q
b) Verschwägte in gerader Linie	Schwiegereltern	A mit C und F; E und F mit N; C und D mit O; C und D mit R
	Schwiegersohn/Schwiegertochter	O mit C und D; N mit E und F; R mit C und D
	Stiefeltern/Stiefkinder	B1 (2. Ehefrau von A) mit D und E
c) voll- und halbbürtige Geschwister	Bruder/Schwester, Stiefbruder/-schwester	K mit L und M; H mit J; G mit D und E
d) Ehepaare	Ehepartner	A mit B1; C mit D; O mit H
e) eingetragene Partnerschaft	eingetragener Lebenspartner	J mit R
f) faktische Lebensgemeinschaft	Lebenspartner	P mit S

Perreten-Allenbach Katharina, Dorf

Ablauf 2. Amtsdauer Ende 2010
(nicht wiederwählbar)Wahl von vier Mitgliedern des Gemeinderates

Reichenbach-von Känel Margrit, Romgut

Ablauf 2. Amtsdauer Ende 2010
(nicht wiederwählbar)

Perreten-Hauri Ulrich, Halten

Demission per Ende 2010
(nicht wiederwählbar)

Hauswirth-Lübke Hans Ulrich, Fängli

Ablauf 1. Amtsdauer Ende 2010
(wiederwählbar)

Hefti Kurt, Vorgab

Ablauf 1. Amtsdauer Ende 2010
(wiederwählbar)Mitglieder des Gemeinderates

(bisherige Zusammensetzung)

Trachsel-von Siebenthal Rudolf, Gemeinde-
und Gemeinderatspräsident, Hochstrasse

Ablauf 2. Amtsdauer Ende 2013

Perreten-Allenbach Katharina, Vizegemeinde-
und Vizegemeinderatspräsidentin, Dorf

Ablauf 2. Amtsdauer Ende 2010

Hauswirth-Lübke Hans Ulrich, Fängli

Ablauf 1. Amtsdauer Ende 2010

Hefti Kurt, Vorgab

Ablauf 1. Amtsdauer Ende 2010

Perreten-Hauri Ulrich, Halten

Demission per Ende 2010

Reichenbach-von Känel Margrit, Romgut

Ablauf 2. Amtsdauer Ende 2010

Addor-Mani Stephan, Unter Sattel

Ablauf 2. Amtsdauer Ende 2012

Brand-Annen Urs, Wolfegg

Ablauf 2. Amtsdauer Ende 2012

Trachsel-Reichenbach Peter, Rohrbrücke

Ablauf 1. Amtsdauer Ende 2013

Zum Verfahren und zur inhaltlichen Erläuterung

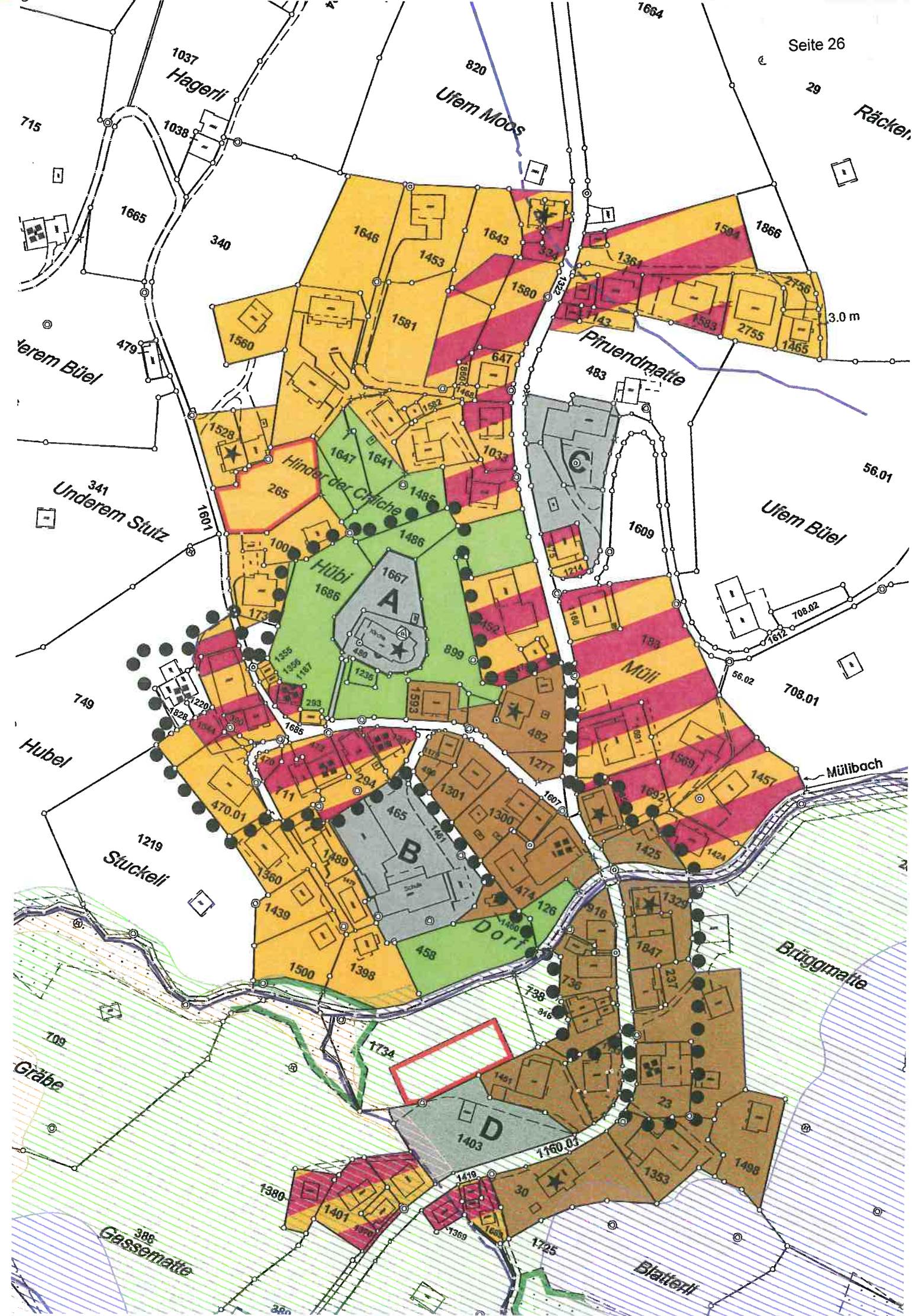
- Im Herbst 2007 wurde zusammen mit der Bevölkerung das **Leitbild Lauenen** erarbeitet, das der Gemeinderat anfangs 2008 beschlossen hat. Das Leitbild ist auch Grundlage für die Überarbeitung der **baurechtlichen Grundordnung**, bestehend aus Zonenplan und Baureglement. Diese Instrumente wurden überarbeitet, vom Amt für Gemeinden und Raumordnung überprüft und entsprechend bereinigt.
- Da der Gemeinde nach kantonalem Richtplan eine Kapazität an unüberbautem Bauland von 1,8ha zusteht, stehen heute nur gerade knapp 2'000m² an neu einzuzonendem Land zur Verfügung. Gut 1,6ha sind im heute geltenden Baugebiet immer noch unüberbaut. Leider ist ein grosser Teil dieses Landes für die Überbauung nicht verfügbar oder besteht keine Nachfrage für entsprechend vorbereitete Bauvorhaben. Somit kann die Gemeinde im heutigen Zeitpunkt nur sehr geringfügige Änderungen am Zonenplan vornehmen. **So wird im Dorf der Einbezug der Parzelle Nr. 265 von der Landwirtschaftszone in die Wohnzone W3 und die Umzonung eines Teiles der Parzelle Nr. 1734 von Wohn- und Gewerbezone WG3 in die Landwirtschaftszone vom Gemeinderat beantragt.**
- **Im Baureglement** werden im Wesentlichen neu die Beteiligung der Gemeinde an realisierten Planungsvorteilen, die Bestimmungen zu den geschützten und erhaltenswerten Bauten und die leichte Verbesserung der Baumöglichkeiten in bestimmten Zonen zur Änderung vorgeschlagen. Die Änderungen sind im Auflageexemplar gelb eingetragen.
- Der Gemeinderat sieht in einem **Plan für die Siedlungsentwicklung** vor, einen **Teil der Parzelle Nr. 1725 hinter dem Hotel Geltenhorn** und die **Parzellen Nrn. 1595-1597, 1719, 1448, 1861 und 1508 ufem Stutz (Engi, Bieriboden)** ins Baugebiet einzubeziehen sobald freie Kapazitäten wieder zur Verfügung stehen. Für den Bereich hinter dem Geltenhorn muss sichergestellt sein, dass keine Rutschgefahr besteht, bevor der Einbezug in die Kernzone möglich wird. Im Übrigen wird eine spätere Überbauung sorgfältig in das spezielle Gelände eingepasst werden müssen. Die vorgesehene Erweiterung der Bauzone Bieriboden (ufem Stutz) kann nur über eine Zone mit Planungspflicht (ZPP) erfolgen. Mit der damit notwendigen Überbauungsordnung muss der Gemeinderat sicherstellen, dass die beiden bestehenden Wohnbauten mit einbezogen werden, die Erschliessung und Einmündung in die Staatsstrasse sichergestellt werden kann und allfällige Neubauten bezogen auf die bestehenden Gebäude und die Topographie gut eingeordnet werden können.
Die hier erläuterten Baugebietserweiterungen kann der Gemeinderat der Gemeindeversammlung zum Beschluss vorlegen, wenn die nötige Baulandkapazität zur Verfügung steht. Eine weitergehende Revision der baurechtlichen Grundordnung und damit einer umfassenden kantonalen Vorprüfung wäre im Übrigen hierfür nicht mehr nötig. Im Moment stehen diese Änderungen aber noch nicht zur Diskussion, sie haben behördenverbindliche Wirkung im Sinne des Gemeinderatsbeschlusses und werden, wie erwähnt, zu gegebener Zeit der Gemeindeversammlung zum Beschluss vorgelegt.

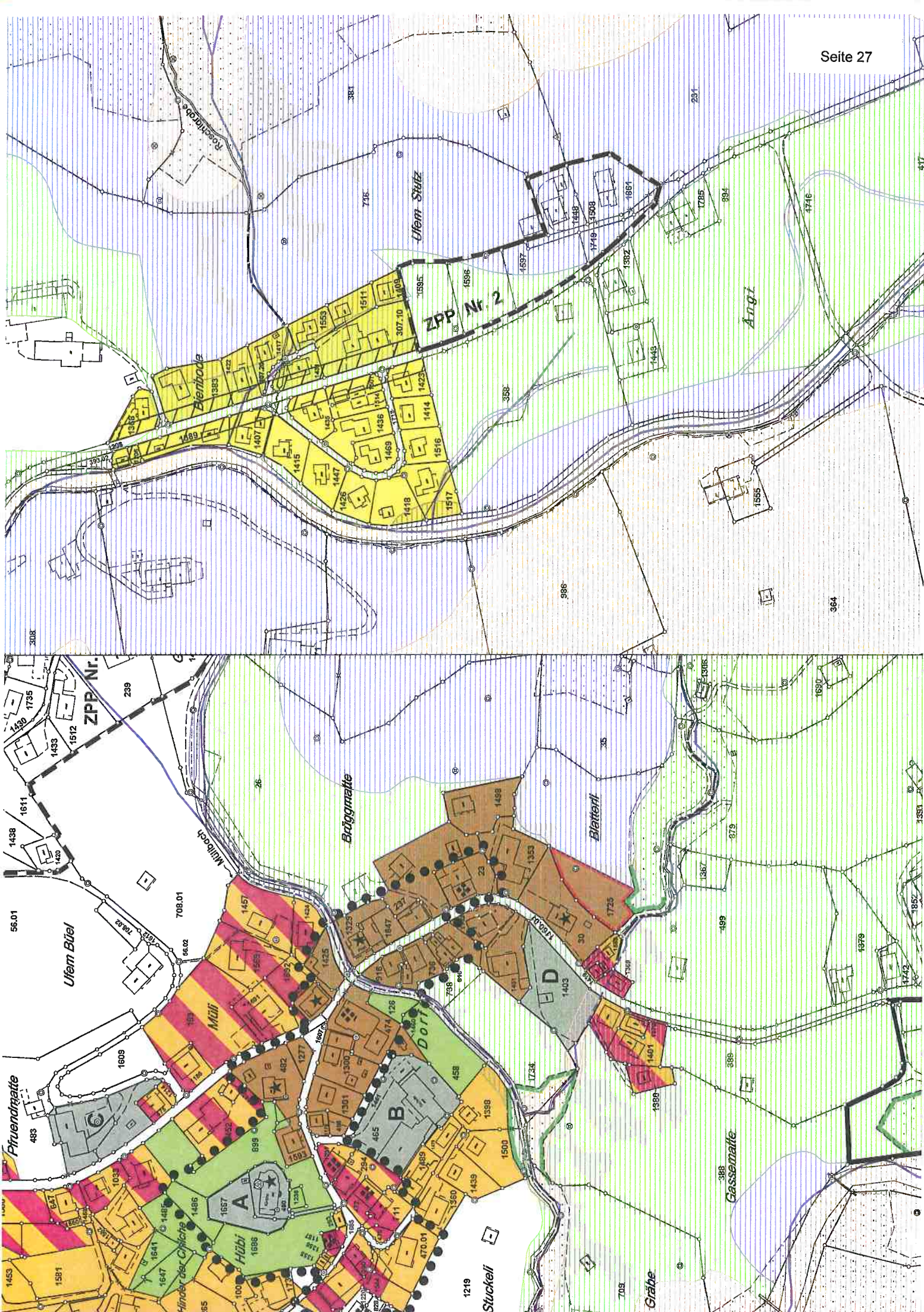
Planungsvorteile	<p>Art. 4</p> <p>¹ Grundeigentümer denen durch Planungsmassnahmen Vorteile verschafft werden, sind vor dem Beschluss der Planungsmassnahme vertraglich zu verpflichten, einen angemessenen Anteil (maximal 40 %) des Planungsmehrwertes für öffentliche Zwecke zur Verfügung zu stellen. Bei Neueinzonungen werden Flächen ab 200m² nach dieser Bestimmung behandelt.</p> <p>² Der Gemeinderat erlässt als Grundlage für die Abgeltungsverträge Richtlinien.</p>
Baubewilligungspflicht Baubeginn	<p>Art. 5</p> <p>einbeziehen von Art. 59 alt</p> <p>Neu Abs. 2: Für Form und Inhalt des Baugesuches, der Situations- und der Projektpläne sind die Bestimmungen des Bewilligungsdekretes massgebend.</p> <p>einbeziehen von Art. 57 Abs. 1 und 2 alt</p> <p>⁶ Treten bei Bauarbeiten archäologische Funde zutage, so sind die Arbeiten unverzüglich einzustellen und die Baupolizeibehörde und der Archäologische Dienst des Kantons Bern zur Sicherstellung der wissenschaftlichen Dokumentation zu benachrichtigen.</p> <p>⁷ Bei der Prüfung von Bauvorhaben im Bereich des im Landschafts- und Schutzzonenplan aufgeführten archäologischen Objektes/Gebietes ist im Bewilligungsverfahren der Archäologische Dienst des Kantons Bern beizuziehen.</p>
Baudenkmäler	<p>Art. 12</p> <p>(zum Teil als Ersatz von Art. 55 alt</p> <p>Die schützens- und erhaltenswerten Objekte gemäss Art. 10a ff BauG sind im Bauinventar der Gemeinde aufgeführt. Dieses ist für die Behörden verbindlich.</p>
Beizug der kantonalen Denkmalpflege bzw. des archäologischen Dienstes	<p>Art. 13</p> <p>¹ Betreffen Planungen und Bewilligungsverfahren</p> <ul style="list-style-type: none">- archäologische Objekte gemäss Art. 10 Abs. 1 lit. e BauG,- schützenswerte Baudenkmäler oder- erhaltenswerte Baudenkmäler, die im Ortsbildschutzperimeter liegen oder Bestandteil einer im Bauinventar aufgenommenen Baugruppe sind, <p>ist die kantonale Denkmalpflege bzw. der archäologische Dienst in das Verfahren einzubeziehen.</p> <p>² Der frühzeitige Beizug der kantonalen Denkmalpflege sowie eine Voranfrage werden empfohlen.</p>
Erhaltenswerte Baudenkmäler	<p>Art. 14</p> <p>Betreffen Planungen und Bewilligungsverfahren erhaltenswerte Baudenkmäler, die nicht unter Art. 13 Abs. 1 fallen, ist der frühzeitige Beizug einer regionalen Ästhetikfachstelle oder die Beratung des Berner Heimatschutzes sowie eine Voranfrage empfohlen.</p>
Bauabstand von Öffentlichen Strassen	<p>Art. 17</p> <p>Bauabstände von öffentlichen Strassen, Absatz 2 des alten Artikels 13 wird gestrichen. (längs Gemeindestrassen, Teilstück Hotel Wildhorn bis Schwarzbächlibrücke, mindestens 5.00 m)</p>

	Neu	Seite 25
	Abstände längs Kantonsstrassen	5.00 m
	längs der übrigen Strassen, Strassen der Weggenossenschaften und allen Privatstrassen (ohne Hauszufahrt)	3.60 m
Gebäudeabstand	Art. 25 Abs. 1 neuer Satz am Schluss: Vorbehalten bleiben die Kern- zonenvorschriften.	
Gebäudehöhen	Art. 37, 42, 45, 56 die Gebäudehöhen werden von 7.00m auf 7.20m erhöht. Die maximalen Gebäudehöhen in den Ueberbauungsordnungen Ferienhauszonen Fang I, Fang II und Trüttli bleiben mit 7.00 m un- verändert.	
Kernzone KZ Nutzung	Art. 43, Abs. 2 Nachbarn können gestützt auf eine gemeinsame Vereinbarung an die Grenze bauen, wenn die übrigen Vorschriften eingehalten werden können. Die Regelung ist im Grundbuch einzutragen. Ohne Vereinbarung gelten Abstandsvorschriften der Zone.	
Kernzone KZ Baupolizeiliche Masse	Art. 45 maximale Gebäudelänge: 20.00m, beim Zusammenbau an der Grenze: 25.00m	
Gewerbezone GZ Gestaltung	Art. 48 Zweiter Satz in Abs. 1 streichen und neu: Der Sockelbereich darf 3.00m in der Höhe nicht überschreiten. Im Übrigen gilt Art. 26.	
Landwirtschaftszone LZ, Baupolizeiliche Masse	Art. 56 neu maximale Gebäudelänge 25.00 m	
Ortsbild und Gebäu- deschutz, historische Verkehrswege, Trockenmauern	Art. 59 Die bisherigen ersten fünf Abs. werden durch die beiden neuen Abs. ersetzt. Die bisherigen Abs. 6,7 und 8 werden neu die Abs. 3, 4 und 5. ¹ Schützens- und erhaltenswerte Baudenkmäler sind dem Schutzzweck entsprechend zu erhalten. Veränderungen sind möglich, sofern ihr kulturhistorischer und architektonischer Wert nicht geschmälert werden. Ein allfälliger Ersatz von erhaltenswerten Gebäuden muss bezüglich Stellung, Volumen und Gestalt hohen Anforderungen genügen. ² Die Bebauung innerhalb des Ortsbildschutzgebietes ist in ihrem Bestand und Charakter zu erhalten. Dabei sind insbesondere die Stellung der Bauten zueinander und zur Topographie, die Volumen und der Bezug zu den öffentlichen und privaten Aussenräumen zu beachten. Die Qualität der einzelnen Bauten bleibt der speziellen Beurteilung vorbehalten.	

Antrag:

Die Bau- und Planungskommission und der Gemeinderat beantragen Genehmigung des Zonenplanes und des Baureglementes.





5. Schulanlage, Umbau und Sanierung Wohnungen, Genehmigung Verpflichtungskredit von Fr. 75'000.00

Das im Jahre 1961 erbaute Schulhaus wurde 1989 mit einer modernen Mehrzweckanlage ergänzt und befindet sich dem Alter entsprechend in einem recht guten Allgemeinzustand. So wurden in den letzten Jahren bereits Teilsanierungen im Bereich der Schule (WC-Anlagen und Fenster sowie des Daches vollzogen). Als Grundlage wurden bereits im Jahre 2008 durch ein externes Planerteam eine Zustandsanalyse sowie Erneuerungsvorschläge für das Schulhaus, die dazugehörige Turn- und Mehrzweckhalle und die Wohneinheiten erstellt. Im Einzelnen wurden bei der Analyse neben der Architektur die Tragkonstruktion, die Haustechnikanlagen, der Schallschutz, die Raumakustik sowie der Wärmeschutz untersucht und Empfehlungen für die Verbesserung abgegeben.

Das Evaluationsverfahren des Architekten für den Umbau und die Sanierung der Wohnungen in der Schulanlage Lauenen untersteht dem öffentlichen Beschaffungswesen und erfolgt im offenen, einstufigen Verfahren mit folgendem Auftrag:

- Definieren des Umfanges der Arbeiten, Reparaturen, Erneuerungen und Modernisierungen, insbesondere der Wohnungen im Schulhaus
- Verbesserung des Wärmeschutzes an exponierten Aussenwänden, Geschossdecken und Aussentüren
- Verbesserung des Feuchtigkeitsschutzes und des Schallschutzes an Aussenwänden, Innenwänden und Geschossdecken
- Erstellen eines Sanierungsplanes, aufgeteilt auf mehrere Etappen

Basierend auf dem Sanierungsplan Schulanlage Lauenen vom 17. Juni 2008 ist mit einer Gesamtinvestition von ca. Fr. 2.0 Mio Franken zu rechnen. Darin sind ebenfalls die Architektenonorare enthalten.

Das Architektenhonorar teilt sich gemäss den Phasen des SIA in die Phasen Projektierung (ca. 30 %, Ausschreibung (ca. 20 %) und Realisierung (ca. 40 %). Nach Abschluss der Phase Projektierung liegt ein baubewilligungsfähiges Projekt vor, sowie ein Kostenvoranschlag der Gesamtinvestitionen mit einer Genauigkeit von +/- 10 Prozent.

Der Anteil der Projektierung in Bezug auf das gesamte Architektenhonorar beträgt ca. 30 % der Leistungen. Diese 30 % der Architekturleistungen sind der Gemeindeversammlung als Projektierungskredit in der Höhe von Fr. 75'000.00 zu unterbreiten.

Der Verpflichtungskredit für den Umbau und Sanierung der Schulanlagen wird mit dem Architektenhonorar für die Ausschreibung und Realisierung zu einem späteren Zeitpunkt der Gemeindeversammlung vorgelegt werden.

Antrag:

1. Der Gemeinderat stellt den Antrag, den Projektierungskredit von Fr. 75.000.00 für die Architekturleistungen Projektierung zu genehmigen.
2. Der Projektierungskredit von Fr. 75'000.00 zulasten Konto Nr. 217.503.01 ist voraussichtlich zahlbar im Jahre 2011.

6. Weggenossenschaft Tüffi-Wolfegg, Belagserneuerung, Genehmigung Verpflichtungskredit von Fr. 137'000.00

Die Weggenossenschaft Tüffi-Wolfegg, Lauenen, stellt mit Schreiben vom 17. Juni 2010 das Gesuch um Bewilligung eines Gemeindebeitrages an die Belagssanierung 3. Sektion, umfassend die Teilstrecken Loch – Gschwänd und Loch – undere Tosse. Die in den Jahren 1989/90 gebaute Weganlage weist zahlreiche Belagsschäden auf und bedarf deshalb einer Gesamtsanierung.

Gemäss Offertzusammenstellung betragen die Kosten für diese Arbeiten Fr. 250'000.00. Gemäss der neuen Strukturverbesserungsverordnung des Bundes setzt sich heute der Bundesbeitrag aus einem nach Schwierigkeitsgrad bemessenen Pauschalbeitrag pro Laufmeter Weg (unabhängig von den Kosten) und einem pauschalen Beitrag für sogenannte Zuschläge (Zusatzarbeiten wie Reparaturen, Ergänzungen und Neubauten von Sicker- und Ableitungen, Schächten, Leitplanken, Mauern, Rutschverbauungen usw). zusammen. Massgebend sind unter anderem auch die Lage des Weges im landwirtschaftlichen Produktionskataster und der landwirtschaftliche Anteil. (Hier 100 %).

Gestützt auf diese Bestimmungen werden von Bund und Kanton je Fr. 27'192.00 an Subventionen in Aussicht gestellt.

Berechnung Gemeindebeitrag

Gesamtkosten gemäss Offerte	Fr. 250'000.00
Subventionen Bund	Fr. 27'192.00
Subventionen Kanton	<u>Fr. 27'192.00</u>
verbleiben Kosten von	Fr. 195'616.00
Beitrag der Gemeinde, max. 70 %, gerundet	<u>Fr. 137'000.00</u>

Antrag:

1. Der Gemeinderat stellt den Antrag, der Weggenossenschaft Tüffi-Wolfegg an die Kosten der Belagserneuerung von Fr. 250'000.00 nach Abzug der Subventionen von Bund und Kanton einen Gemeindebeitrag von 70 Prozent, höchstens Fr. 137'000.00 auszurichten.
2. Der Verpflichtungskredit von Fr. 137'000.00 zulasten Konto Nr. 630.565.10 zu genehmigen. Zahlbar voraussichtlich im Jahre 2011.

7. Verschiedenes

Unter diesem Traktandum wird Gelegenheit geboten, sich über allgemeine Probleme auszusprechen, Wünsche und Anregungen vorzubringen oder Auskünfte zu verlangen.

Art. 28 und Art. 29 Organisationsreglement

Die Versammlung darf nur traktandierte Geschäfte endgültig beschliessen.

Unter dem Traktandum „Verschiedenes“ kann eine stimmberechtigte Person verlangen, dass der Gemeinderat ein Geschäft, das in die Zuständigkeit der Versammlung fällt, innert 12 Monaten traktandiert.

Die Präsidentin oder der Präsident unterbreitet diesen Antrag der Versammlung zum Entscheid.

Nehmen die Stimmberechtigten den Antrag an, hat er die gleiche Wirkung wie eine Initiative.